

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umwelt- und Agrarausschuss
Frau Petra Tschanter
Düsternbrooker Weg 70
24106 Kiel

Per Mail: umweltausschuss@landtag.ltsh.de

Heide, 21.04.2021

Aktuelle Ergänzungen zu unserer Stellungnahme zum Antrag der SPD „Lieferkettengesetz jetzt!“

Sehr geehrte Frau Tschanter, sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehmen wir Ihre Einladung zur mündlichen Anhörung zum Lieferkettengesetz am 28.4.2021 an. Unsere Fachpromotorin für zukunftsfähiges Wirtschaften, Frau Antje Edler, wird unsere Position zum Lieferkettengesetz erläutern und für Rückfragen persönlich zur Verfügung stehen. Gerne nehmen wir die Möglichkeit wahr, Ihnen vorab einige Ergänzungen zu unserer Stellungnahme zum Antrag „Lieferkettengesetz jetzt!“ zukommen zu lassen. Außerdem unterstützen wir das aktualisierte Positionspapier der Schleswig-Holsteiner Initiative für ein Lieferkettengesetz.

Die Corona-Pandemie wirkt sich weiterhin auf internationale Lieferketten aus und bedroht akut die Existenz von vielen Wirtschaftsakteuren weltweit. Macht in dieser Situation die Einführung ambitionierter menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten für Unternehmen in Deutschland Sinn? Wir denken: Ja!

Wirtschaftlicher Abschwung und steigende Armut weltweit

Was viele Unternehmen in Schleswig-Holsten in Existenznot bringt, macht auch vor Firmen und ihren Angestellten sowie Kleinproduzent*innen im Globalen Süden nicht halt. Nur dass es hier meist keine Unterstützung für Kurzarbeit, Überbrückungshilfen oder ausreichenden sozialen Sicherungsschutz gibt.

Die weltweite Wirtschaft ist im vergangenen Jahr um 4,4% geschrumpft, der größte Pro-Kopf-Einkommensrückgang seit 1870. Die Zahl der extrem Armen steigt erstmalig seit 1998 wieder an. Schon vor Ausbruch der Pandemie musste fast die Hälfte der Menschheit mit weniger als 5,50 US-Dollar pro Tag auskommen und gilt damit nach der erweiterten Definition der Weltbank als arm. Schätzungen zufolge könnte die Gesamtzahl dieser Menschen allein im Jahr 2020 noch um 200 bis 500 Millionen gestiegen sein und mehr als ein Jahrzehnt lang über dem Vorkrisenniveau bleiben.¹

¹ Einen guten Überblick bieten der [Global Humanitarian Overview 2021](#) der Vereinten Nationen und das Factsheet von Oxfam: [Das Ungleichheitsvirus](#). Wie die Corona-Pandemie soziale Ungleichheit verschärft und wir unsere Wirtschaft gerechter gestalten müssen, Januar 2021.

Ungleiche Auswirkungen der Pandemie

In der Corona-Krise gibt es aber nicht nur Verlierer*innen. Während sich nach anfänglichen Kurseinbrüchen die Börsen wieder erholten und das Vermögen der zehn reichsten Männer der Welt seit Februar 2019 – trotz Pandemie – um fast eine halbe Billion US-Dollar auf 1,12 Billionen US-Dollar gestiegen ist, ging 2020 die Arbeitszeit weltweit um 8.8% zurück, das Einkommen aus Arbeit sank um geschätzte 3,7 Billion US-Dollar. Dieser historische Arbeitsplatzverlust war vier Mal so hoch wie während der globalen Finanzkrise 2009! Besonders hart betroffen waren Lateinamerika, Südeuropa und Südasien. Überproportional verloren Frauen und junge Menschen ihre Arbeit. Mit Blick auf die Zukunft geht die ILO davon aus, dass sich die Arbeitsmärkte nur sehr ungleich wieder erholen werden, je nach Land und Branche, wobei tendenziell höher qualifizierte Arbeiter*innen schneller wieder Fuß fassen werden.²

Nun könnte man meinen, bei solch einem Rückgang von Arbeit würde zumindest Kinderarbeit reduziert. Aber UNICEF warnt, dass das Gegenteil der Fall sein könnte und aufgrund der existenziellen Not der Familien Millionen Kinder in Kinderarbeit gedrängt werden. Auch die weltweiten Schulschließungen und fehlende Fernlernangebote in vielen Ländern könnten Kinderarbeit befördern.³

Die Pandemie zeigt die Anfälligkeit internationaler Lieferketten. Durch den Shutdown in Zulieferländern kommt es zu Lieferengpässen, gleichzeitig bedrohen stornierte Bestellungen das Überleben von Betrieben. Arbeiter*innen sehen sich und ihre Familien in ihrer Existenz durch Massenentlassungen und Quarantänemaßnahmen ohne Lohnfortzahlungen bedroht. Besonders Arbeitsmigrant*innen sind in Lieferketten angesichts unangemessener und beengter Lebens- und Wohnbedingungen, harter Eindämmungsmaßnahmen und Diskriminierung besonderen Risiken ausgesetzt.⁴

Der Faire Handel in der Corona-Krise

Die Fair-Handels-Organisationen im Globalen Süden – Kooperativen, sozial orientierte Unternehmen oder wirtschaftlich tätige NGOs – spiel(t)en vor Ort eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Pandemie. Während teilweise Produktions- und Weiterverarbeitungsstätten schließen mussten oder wichtiges Ausgangsmaterial nicht mehr erhältlich war, die Logistik nicht mehr klappte und (lokale) Absatzmärkte wegbrachen, informierten sie über notwendige Hygieneregeln und unterstützten ihre Mitglieder und Arbeiter*innen während der Lockdowns, insbesondere dort, wo die lokalen Regierungen dies unzureichend oder gar nicht taten.⁵

Auch wenn Weltläden und Fair-Handels-Unternehmen aktuell auch in Deutschland unter dem Lockdown leiden, stornieren Unternehmen wie z. B. die GEPA jetzt nicht ihre Aufträge. Natürlich gibt es im Fairen Handel auch keine Vertragsstrafen bei Lieferengpässen. Die Vorfinanzierung von zukünftigen Lieferungen und zusätzliche Spendenaktionen für ihre in Not geratenen Handelspartner helfen über die Auswirkungen von Shutdowns hinweg und unterstützen vor Ort die Anpassung der Produktionsstätten an neue Hygienevoraussetzungen.⁶

Zum Beispiel die Modebranche: Ein Jahr nach Beginn der Corona-Pandemie steigen die Gewinne in der Textilbranche wieder, während fast drei Viertel der Textilarbeiter*innen - die große Mehrheit Frauen - sich und ihre Familien kaum ernähren können. Allein in acht vom Business & Human Rights Resource Centre analysierten Fabriken kämpfen fast 10.000 Arbeiter*innen immer noch für Löhne, die ihnen rechtmäßig zustehen, während der Corona-Pandemie aber verweigert wurden aufgrund von Auftragsstornierungen und anderen schädlichen Geschäftspraktiken von Modemarken. Die 16 internationalen Marken, für die diese Fabriken produzieren, verzeichneten in der zweiten Jahreshälfte 2020 mindestens 10 Milliarden US-Dollar Gewinn.

2 ILO Monitor: [COVID-19 and the world of work](#). Seventh edition, 25.1.2021, und Oxfam, s.o.

3 S. Homepage von [UNICEF](#).

4 Der nebenstehende und andere aktuelle Berichte aus internationalen Lieferketten sind nachzulesen auf der Homepage des [Business & Human Rights Resource Centres](#).

5 Aktuelle Berichte von Handelspartner*innen finden sich z. B. auf der Homepage von [El Puente](#).

6 S. z. B. der Handelspartnerfonds der [GEPA](#).

Die Rolle von kleinen und mittleren Unternehmen

Als kleine oder mittelständische Unternehmen pflegen Fair-Handels-Unternehmen – sei es das innovative Textillabel Melaware, die Fair-Handels-Pioniere El Puente und GEPA oder Fair Deal Trading aus Lübeck – Wert auf transparente Lieferketten und pflegen (oftmals seit vielen Jahren) den direkten Kontakt zu ihren Handelspartnern im Globalen Süden. Sie stellen unter Beweis, dass nicht nur Großunternehmen in der Lage sind, menschenrechtliche Sorgfalt in ihren Unternehmensprozessen umzusetzen und Sozial- und Umweltstandards in ihren Lieferketten weitestgehend sicherzustellen.

Aber ihre Möglichkeiten sind begrenzt in einem Markt, wo andere Player keine Rücksicht auf Menschenrechte und Umwelt nehmen. Deshalb fordern wir faire, gleiche Wettbewerbsregeln für alle, die in Deutschland geschäftstätig sind, unabhängig vom Firmensitz! Insbesondere in Risikobranchen sollten sie für alle Unternehmen egal welcher Größe gelten. Dort, wo die Marktmacht einzelner (kleiner) Unternehmen gering ist, sollte ein Lieferkettengesetz Brancheninitiativen befördern, wie es sie bereits heute im Textil- oder Kakaobereich gibt. Hierfür wäre es aber notwendig, dass nicht nur wenige sehr große Unternehmen in die Verantwortung genommen werden. Auch sollte das Lieferkettengesetz klare Haftungsregeln beinhalten, die Rechtssicherheit für Unternehmen schaffen, und nicht nur für den direkten Zulieferer des deutschen Unternehmens gelten, da die meisten Menschenrechtsverletzungen gerade zu Beginn der Lieferkette statt finden.

Wirtschaft und Menschenrecht – auch ein Thema für Schleswig-Holstein

Auf EU-Ebene werden derzeit neue, ambitionierte Regeln für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen diskutiert⁷. Um gerade auch kleine und mittelständische Unternehmen darauf vorzubereiten, gilt es schon jetzt, die Weichen zu stellen – in Deutschland und in Schleswig-Holstein. Informationen, Schulungsangebote und Beratung gerade für kleine und mittelständische Unternehmen können die deutsche Wirtschaft unterstützen, den neuen Anforderungen gerecht zu werden.

Engagement für Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen auf unserem Planeten müssen sich aber auch für die Unternehmen am Markt lohnen. Neben fairen Wettbewerbsbedingungen sind hierfür Anreize sinnvoll, die das Land Schleswig-Holstein insbesondere über (Außen-)Wirtschaftsförderung und Nachhaltige Beschaffung setzen kann. Auch zahlreiche Kommunen, die sich für Fairen Handel und nachhaltige Beschaffung einsetzen, haben sich für ein ambitioniertes Lieferkettengesetz ausgesprochen, weil dies ihr Engagement vor Ort erleichtern würde.⁸

Zum Schluss

Menschenrechte dürfen nicht nur in guten Zeiten gelten. Sie sind nicht verhandelbar, sondern international vereinbarte Grundrechte, die eingehalten werden müssen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, damit die Auswirkungen nicht besonders hart die schwächsten Glieder in der internationalen Wertschöpfungsketten treffen.

Deshalb empfehlen wir dem Landtag die Annahme des Antrages „Lieferkettengesetz jetzt!“ und erwarten von der schleswig-holsteinischen Landesregierung, dass sie sich konstruktiv im Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene einbringt und sich für die hier und von der Schleswig-Holsteiner Initiative für ein Lieferkettengesetz angeregten Verbesserungen des Gesetzesentwurfes einsetzt. Wir freuen uns auf die Diskussion mit Ihnen am 28. April 2021 und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Marlies Rattay

1. Vorsitzende des Eine Welt im Blick e.V.



Antje Edler

Fachpromotorin für zukunftsfähiges Wirtschaften

⁷ Siehe den [Legislativbericht](#) „über menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten von Unternehmen“, den das Europäische Parlament im März 2021 beschlossen hat.

⁸ Resolution [„Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland“](#)